

## **Industriestandort Deutschland: Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie sichert technologische Basis**

### **Industriepolitik muss in Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik gestellt werden**

Deutschland fährt auf Verschleiß. Die Abschreibungen in unserer Volkswirtschaft liegen deutlich über unseren Investitionen. Der Wirtschaftspolitik der Großen Koalition fehlt ein überzeugender industriepolitischer Kompass. Deutschland braucht einen Befreiungsschlag: Um international auch weiter an der Spitze stehen zu können, benötigen wir eine Politik, die konsequent auf Wachstum setzt.

In den Jahren der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich gezeigt, dass ein starker industrieller Kern und der Erhalt von Wertschöpfungsketten entscheidende Schlüssel für Deutschlands internationale Wettbewerbsfähigkeit sind. Durch Vertrauen auf Innovationen und Ingenieursgeist statt auf Staatsdirigismus ist Deutschland auch heute noch die viertgrößte Industrienation in der Welt.

Jedoch, anstatt die Wettbewerbsfähigkeit konsequent zu erhöhen, werden aktuell weitere Belastungen für die Industrie diskutiert. Die Neuinvestitionen der deutschen Wirtschaft sind seit Jahren im Ausland höher als im Inland. Die Fehlschläge der Energiewende haben diesen Trend bisher verstärkt – sie wirken als Brandbeschleuniger. Oberste Priorität muss es sein, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um Vertrauen zurückzugewinnen, damit Unternehmen wieder bereit sind, neue Investitionen zu tätigen. Mehr denn je ist die Politik auf unternehmerischen Sachverstand angewiesen.

Ziel ist es, den schwer sichtbaren Trend der schleichenden Deindustrialisierung aufzuzeigen und hierzu eine wirksame öffentliche Diskussion zu initiieren. Es gilt, technologische Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit wieder in den politischen und gesellschaftlichen Fokus zu rücken. Die Fortsetzung der Reformagenda und der Mut zur grundlegenden Neugestaltung der Energiewende müssen hierbei oberste Priorität haben. Keinesfalls darf der eingeschlagene Kurs fortgeführt werden. Alle Weichen müssen jetzt im Sinne des Industrie- und Technologiestandortes Deutschland gestellt werden.

### **Vitale Sicherheitsinteressen Deutschlands verteidigen**

Deutschlands künftiges außenpolitisches Gewicht steht auf dem Spiel. Wir sind die drittgrößte Exportnation und unsere Bevölkerungsgröße von rund 80 Millionen Menschen ist nicht zu vernachlässigen. Der Erhalt unseres Wohlstandsniveaus ist gleichbedeutend mit dem Erhalt unserer Stellung als verlässlicher internationaler Partner. Er sollte daher von vitalem Interesse für unsere Politik sein.

Deutschlands Bedeutung ist seit der Überwindung der Teilung unseres Landes und Kontinentes gewachsen. Da unser deutscher wie auch europäischer Inlandsmarkt zu klein ist, muss Deutschland den freien Handel in der Welt aktiv mit schützen. Gleichzeitig stehen wir als große westliche Demokratie in der Pflicht, Konflikte zu lösen, Rechtssicherheit und Menschenrechte zu bewahren.

Seine Gestaltungsfähigkeit im Spiel der Kräfte kann Deutschland aber nur ausfüllen, wenn es seinen fairen Anteil an den Lasten trägt, die sich aus all diesen Interessen ergeben. Deutsche Soldaten müssen in neuen asymmetrischen Konflikten weltweit einsatzfähig sein. Wer A sagt zu Auslandseinsätzen, muss auch B sagen zu der notwendigen Bundeswehr-Ausrüstung und zum Erhalt der technologischen Kompetenzen. Ein Austrocknen der deutschen Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie durch eine weitere Verschärfung der Exportpolitik würde übergehen, dass sie über Jahrzehnte bisher in ausdrücklichem politischem Auftrag aller Bundesregierungen in verschiedenen Koalitionen gehandelt hat. Sie hat für die Bundeswehr seit der Wiederbewaffnung enorme Kapazitäten aufgebaut und vorgehalten, um die eigenen Streitkräfte mit eigenentwickelten deutschen Technologien zu beliefern. Das kann sie weiterhin nur, wenn die Politik ein klares Bekenntnis ausspricht und Taten folgen lässt. Für ihre verschiedenen Teilbranchen reichen seit den 90er Jahren die Auftragsvolumina aus dem Verteidigungsetat nicht mehr zur Aufrechterhaltung ihrer Kapazitäten. Deshalb müssen die Unternehmen – bekanntlich unter strengeren Auflagen als in Paris oder London – exportieren können. Zu einer Verschärfung der Auslegung der Bestimmungen besteht kein Anlass, eher im Gegenteil.

### **Technologie-Kompetenzen erhalten**

Über 300.000 qualifizierte Arbeitsplätze in allen Bundesländern hängen direkt und indirekt von der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ab. Über Dual-use-Anwendungen strahlen ihre Industriezweige in viele andere Branchen aus. Zur industriepolitischen Dimension: Seit Jahrzehnten bauen beispielsweise die USA gezielt darauf, ihre Industrie durch militärische Entwicklungsaufträge zu stärken. Der bis heute erhaltene Vorsprung in der Digitalen Wirtschaft hat hier seine Grundlage und mit dafür gesorgt, dass fünf der sechs größten Unternehmen dieser Zukunftsbranche in den USA ihren Sitz haben.

Auch Deutschland besitzt ein solches Positiv-Beispiel: Kein europäischer Airbus würde heute mit einer amerikanischen Boeing um die Wette fliegen, wenn die technologischen Strukturen für dieses erfolgreiche Gemeinschaftsunternehmen nicht durch die großen Beschaffungen der Bundeswehr aufgebaut worden wären. Rund 30 Prozent eines Airbus wird in Deutschland produziert.

### **Investitionen der Bundeswehr müssen industriepolitische Folgen berücksichtigen**

Deutschland steht vor einschneidenden industriepolitischen Weichenstellungen für eine ganze Industrie. Niemand sollte glauben, dass Deutschland durch Bestellungen bei Dritten bessere Preise und Technologien erwerben und über den Lieferzeitpunkt bestimmen kann. Sind die industriellen Kapazitäten erst einmal verloren, rutscht ein Kunde schnell in die zweite oder dritte Reihe. Die beste Ausrüstung für die eigenen Streitkräfte eines Landes hängt so immer auch an dessen technologischen Kompetenzen. Die Politik kann ihren Worten nur Taten folgen lassen, wenn sie auch über die notwendigen Mittel verfügt.

Die Bundeswehr-Beschaffungen leiden seit Jahren an ihrer Unterfinanzierung. Projekte werden billiger gerechnet und gleichzeitig überladen. Für größere Beschaffungen müssen zudem immer mehr Partnerländer gefunden werden, die alle mitentscheiden wollen und der armen Brieftaube dann auch noch unterschiedlich schwere Bleikugeln anhängen. Die Folge für alle: NATO-Europa gibt nur 50 Prozent des US-Budgets für Verteidigung aus, zieht daraus aber kaum 20 Prozent der Effizienz.

## **Gemeinsame europäische Rüstungspolitik notwendig**

Durch einen verbindlichen „European Code of Conduct“ für gemeinsame Beschaffungsprojekte wie die Exportpolitik muss Europa seine Nachteile zumindest teilweise ausgleichen. Dieses Regelwerk muss in Zukunft auch ausschließen, dass Deutschland seinen Bündnispartnern durch sein Veto einen Sonderweg aufzwingen kann. Sonst wird für immer mehr Projekte gefordert, dass deutsche Anbieter übergangen werden. Diese Tendenz durch die aktuelle Rechtsunsicherheit muss gestoppt werden.

## **Fazit**

Bis heute ist nicht zu erkennen, dass der deutschen Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie eine ihrer technologie- wie sicherheitspolitischen Bedeutung angemessene Rolle in der Wirtschaftspolitik zugewiesen wird. Ohne eigene technologische Basis schwächen wir unser Gewicht in der NATO, auf die wir angewiesen sind, wie Konflikte auf dem Balkan, in Afghanistan oder in der Ukraine zeigen. Das außenpolitische Gewicht Deutschlands bleibt nur erhalten, wenn wir bereit sind, notwendige Lasten mitzutragen. Ob es gefällt oder nicht, unsere Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie leistet dazu einen wichtigen Beitrag.

## **Konkrete Forderungen**

Deutschland muss seinen außen- und sicherheitspolitischen Standort bestimmen und daraus konkrete Schlüsse für die Bundeswehr und ihre erforderlichen Fähigkeiten ziehen:

1. Erhaltung der technologischen Kernkompetenzen und betrieblicher Kapazitäten in Deutschland durch einen ausreichend hohen Anteil von Investitionen, Mitteln für militärische Forschung und Entwicklung sowie für Wartung und Instandhaltung im Gesamtetat des Verteidigungsministeriums. Ziel muss sein, dass Deutschland bei Beschaffungen nicht in die zweite oder dritte Reihe rutscht, weil es Systeme und Ausrüstungen vorwiegend im Ausland bestellt. Damit erhalten deutsche Streitkräfte die modernsten Ausrüstungen zu spät. Unser Land droht so zum reinen Besteller und langfristig „dummen Kunden“ zu werden.
2. Deutsche Anteile an europäischen und transatlantischen Kooperationsprojekten müssen so gestaltet sein, dass deutsche Unternehmen ihre Technologiekompetenzen sichern und möglichst ausbauen können. Dabei spielen auch militärische Aufträge für viele zivile Anwendungen und Produkte eine besondere Rolle („dual use“, „spin-offs“).
3. Eine Definition der notwendigen technologischen Kernkompetenzen für die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands darf im Ergebnis nicht so eng ausgestaltet sein, dass große deutsche Systemhersteller herausfallen. Ausrüster brauchen heimische Systemhersteller als Eintrittskarte in internationale Programme.
4. Die deutsche Exportgenehmigungspolitik muss wieder berechenbarer werden und sich an der eingeübten Praxis seit den neunziger Jahren orientieren. Mindestens genauso schlimm wie die diskutierten Verschärfungen wirkt sich die Verunsicherung auf die Verteidigungsindustrie und ihre Kooperationsfähigkeit mit Bündnispartnern aus.

5. Wenn die deutsche Politik die wirtschaftliche Grundlage der Unternehmen verändert, muss ihnen die Verlagerung und Veräußerung ihrer Betriebsteile sowie der dazugehörigen Technologien in andere NATO-Partnerländer erlaubt werden. Das ist nicht nur zur Sicherung von grundsätzlichen Eigentumsrechten geboten. Viele ausländische Partner deutscher Unternehmen stützen sich auch auf unverzichtbare deutsche Systeme und Komponenten, die so für das Bündnis gesichert werden müssen.
6. Deutschland darf bei Kooperationen in der Verteidigungsindustrie nicht zum unzuverlässigen Partner werden. Insbesondere mit Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und den USA bestehen langfristige Geschäftsbeziehungen, die ausgebaut und nicht durch ein deutsches Herumlavieren gefährdet werden dürfen.
7. Europa braucht einen „Code of Conduct“. Die deutsche Beschaffungs- und Exportpolitik muss sich auf diesem Wege noch stärker europäisieren. Deutschland muss davor allerdings klar seine außen- und sicherheitspolitischen Ziele definieren. Im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses darf Berlin dann jedoch seine europäischen Partner nicht durch Veto-Positionen permanent bremsen.